

Die Rolle der G8 im internationalen Finanzsystem

von Philipp Hersel und Sven Giegold

Ein internationales Finanzsystem umfasst zwei zentrale Komponenten: 1. Ein System, das die Austauschverhältnisse, d.h. die Wechselkurse zwischen nationalen Währungen regelt („Internationales Wechselkurssystem“) und 2. eine Regelung, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen überhaupt Geld bzw. Kapital über Grenzen hinweg bewegt werden darf („Kapitalverkehrsregime“).

Beide Teilsysteme sind politisch bestimmt und die Durchsetzung politisch überwacht. Zu diesem Zweck gibt es eine unübersichtliche Vielzahl von internationalen Organisationen. Zu nennen sind hier besonders 1. der Internationale Währungsfonds (IWF), 2. die Weltbank, 3. der Pariser Club, 4. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), 5. die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und 6. das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS).

Zwar hört man heute oft, dass sich die internationalen Finanzmärkte der politischen Kontrolle entzogen hätten. Das gilt aber nur insofern, als dass die bisher relevanten politischen Akteure (d.h. die Staaten und ihre internationalen Organisationen) die Spielräume der privaten Akteure seit den 1970er Jahren massiv ausgeweitet haben. Banken, Investmentfonds und private Vermögensbesitzer bewegen sich überwiegend im Rahmen der Gesetze, die ihnen die Staaten zur Verfügung gestellt haben. Dabei stehen die Staaten natürlich unter Druck von der Finanzmarktakteure, sind ihnen aber nicht ausgeliefert. Anders ausgedrückt: Die mächtigen Staaten haben den internationalen Finanzmärkte eine ziemlich lange Leine gelassen. Wäre aber der gemeinsame politische Wille da, so könnten die politischen Akteure diese Leine rasch anziehen. Dass dies praktisch geht und auch getan wird, beweisen die Bemühungen der westlichen Industrieländer, durch massive Überwachung und Kontrolle von Finanzbewegungen nach dem 11. September 2001 die Finanzquellen terroristischer Gruppen auszutrocknen.

Wer sind aber nun genau die relevanten politischen Akteure, welche sind die „mächtigen Staaten“ und welche Rolle spielt dabei die „Gruppe der Acht“ (G8) und ihre Mitgliedsstaaten?

Die G8 und die internationalen Finanzinstitutionen

Die sicherlich bekanntesten Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) sind der IWF und die Weltbank¹. Derzeit sind 184 Länder Mitglied von IWF und Weltbank. Während der IWF seine Mitgliedsländer im Fall von Zahlungsproblemen kurzfristig unterstützen soll, ist die Weltbank für die Vergabe langfristiger Entwicklungskredite zuständig. Dennoch vermischen sich die Funktionen der beiden, denn auch der IWF mischt sich langfristig in die Politik seiner Mitgliedsländer ein. Die Stimmrechte in den beschlussfassenden Gremien der beiden Organisationen verteilen sich entsprechend der internationalen Wirtschaftskraft der Länder². Derzeit halten die G8-Regierungen zusammen 48 bzw. 47 Prozent der Stimmrechte in IWF und Weltbank. Das mächtigste Land sind die USA mit ca. 17 Prozent, die aufgrund der Sperrminorität von 15 Prozent jede Entscheidung durch Veto verhindern können. Deutschland

¹ Genauer gesagt handelt es sich bei der Weltbank um die Weltbank-Gruppe: der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) und zwei weiteren Organisationen MIGA und ICSID. Kredite werden v.a. von IBRD, IDA und IFC vergeben und die Entscheidungsstrukturen der drei sind sehr ähnlich.

² Diese Stimmrechte, diese sogenannten „Quoten“ werden im Abstand mehrerer Jahre neu ausgehandelt, wobei derzeit die großen Schwellenländer wie Brasilien oder China deutlich unterhalb ihrer internationalen Wirtschaftskraft repräsentiert sind.

ist mit ca. 6 Prozent nach den USA und Japan die drittstärkste Kraft in IWF und Weltbank. Die 10 mächtigsten Länder vereinigen fast 53% der Stimmrechte auf sich. Die Entscheidungen von IWF und Weltbank haben weitreichende globale Konsequenzen. Zum einen sind die IFIs wichtige Gläubiger der Länder des Südens und verbinden strenge wirtschaftspolitische Auflagen mit ihrer Kreditvergabe. Im Rahmen eines neoliberalen Kanons von Wirtschaftspolitik (Liberalisierung, Haushaltsdisziplin, Inflationsbekämpfung, Privatisierung, Einnahmesteigerung durch Exportorientierung, etc.) spielt insbesondere der Druck zur Öffnung der nationalen Finanzmärkte der Entwicklungs- und Schwellenländer eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt durch den massiven Druck des IWF (und auf Initiative der G7 im IWF) wurden in den 1990er Jahren die Länder des Südens an die internationalen Finanzmärkte angebunden, die sich bis dahin hauptsächlich auf die westlichen Industrieländer erstreckten (vgl. G7 Gipfel in Halifax 1995). Dadurch wurde es ausländischen Banken, Investmentfonds und Kapitalbesitzern fast uneingeschränkt möglich, in Ländern des Südens Direktinvestitionen zu tätigen, Kredite zu vergeben oder in die dortigen Aktien- und Immobilienmärkte einzusteigen. Die Offenheit für solche Kapitalzuflüsse ist aber meistens gleichzeitig die Offenheit für den Abfluss von Kapital. Sobald ein Land, wie im Fall der südostasiatischen Finanzkrise 1997/98 geschehen, die hohen Renditeerwartungen der ausländischen Kapitalanleger nicht mehr erfüllt oder anderweitig in Schwierigkeiten gerät, droht ein panikartiger Abzug von Kapital aus dem Krisenland. Zurück bleibt häufig ein stark beschädigtes oder zusammengebrochenes nationales Bankensystem, das in der Folge oft viele Unternehmenspleiten nach sich zieht. Allein in Indonesien verloren durch die Finanzkrise 10 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz, die Zahl der absolut Armen verdoppelte sich von 20 auf über 40 Millionen. Gerade im Fall Indonesiens standen IWF und Weltbank intensiv in der Kritik. Einerseits hat der IWF durch seinen Politikempfehlungen von Haushaltskonsolidierung und Zinserhöhungen die Krise dramatisch verschärft. Die Weltbank andererseits musste einräumen, dass sie an den indonesischen Diktator Suharto (1967-1998) auch weiterhin Kredite vergab, obwohl sie wusste, dass große Teile der Kredite zu dessen persönlicher Bereicherung veruntreut wurden. Auf die Rückzahlung der entsprechenden Schulden zu verzichten, daran denkt die Weltbank nicht.

Die politischen Grundlinien von IWF und Weltbank werden in den halbjährlichen Hauptversammlungen (Frühjahrs- und Herbsttagung) festgelegt, daneben kontinuierlich in den beiden Vorständen. Um ihre Positionen in IWF und Weltbank auszutauschen und möglichst abzugleichen, treffen sich die Finanzminister der G7 (G8 ohne Russland) seit den 1980er Jahren regelmäßig im Vorfeld der Frühjahrs- und Herbsttagungen. Daneben gibt es noch mindestens ein weiteres G7-Finanzministertreffen zur Vorbereitung der G8-Gipfel. Nachdem Russland 2006 erstmalig die Präsidentschaft der G8 übernommen hat, muss sich zeigen, ob Russland nun auch im Bereich der Finanzpolitik (in allen anderen Themenbereichen ist das bereits vollzogen) vollwertiges Mitglied der G8 wird. Bisher wurden die zentralen Beschlüsse, die in IWF und Weltbank getroffen wurden, zuvor unter den G7-Finanzministern ausgehandelt und danach formell bei den G8-Gipfeln beschlossen wurden.

Die G8 im internationalen Schuldenmanagement

Ein seit den 1980er Jahren auf G7-(bzw. nach 1998 G8-)Gipfeln immer wiederkehrendes Thema ist die Schuldenkrise der Länder des Südens. Nach dem „Ausbruch“ der Krise waren sich die G7-Regierungen einig darin, dass IWF und Weltbank eine zentrale Rolle im Krisenmanagement übernehmen sollten. Der IWF sollte mit den oben schon angesprochenen rigiden Auflagen die Zahlungsfähigkeit wiederherstellen, für die Umsetzung der Auflagen gab es dann im Gegenzug frische Kredite. Auch wenn die Gläubigerländer und allen voran die G7 wenig Bereitschaft zeigten, über Zwangsauflagen für die Schuldner hinaus von sich aus auch Schulden zu streichen, so zwangen sie doch internationale Kampagnen von sozialen

Bewegungen und Nichtregierungsorganisation sowie in manchen Fällen die faktische Zahlungsunfähigkeit zur „Einsicht in die Notwendigkeit“ von teilweisen Schuldenerlassen, zumindest für die ärmsten Schuldnerländer. Dabei ging es zunächst um die Schulden zwischen einzelnen Regierungen. Diese „bilateralen Schulden“ werden im sogenannten Pariser Club der Gläubigerregierungen (19 Mitgliedsregierungen) verhandelt. Die G7-Gipfel waren dabei traditionell der Ort, an denen sich die mächtigsten Gläubiger über die Verhandlungsstrategie und die Erlassbedingungen einigten. Da die G7-Regierungen immer sehr geizig bei der Bemessung von Teilschuldenerlassen für die „ärmsten Staaten“ waren (die „Nicht-Armsten“ können sowieso keinen Erlass bekommen), griffen die Entschuldungsbedingungen immer viel zu kurz und mussten regelmäßig nachgebessert werden. Die große Bedeutung der G7 im Pariser Club lässt sich auch daran ablesen, dass seine „Entschuldungsstrategien“ immer nach den Tagungsorten der G7-Gipfel benannt waren, wo diese Strategien von den G7 beschlossen wurden: die „Toronto-Bedingungen“ von 1988 (Teilschuldenerlass bis 33%, beschlossen bei G7-Gipfel 1988 in Toronto), die „London-Bedingungen“ von 1991 (Teilschuldenerlass bis 50%, G7-Gipfel 1991 in London), die „Neapel-Bedingungen“ von 1994 (Teilschuldenerlass bis 66%, G7-Gipfel 1994 in Neapel), die „Lyon-Bedingungen“ von 1996 (Teilschuldenerlass bis 80%) und letztlich die „Köln-Bedingungen“ von 1999 (Teilschuldenerlass bis 100%)³. Sogar der G/ ist im Laufe der Zeit klar geworden, dass sie bestimmte Schulden wohl nicht mehr eintreiben können. Hätten sie von Anfang an einen grundsätzlichen Schuldenerlass gewährt, wären vielleicht einige Länder wieder auf die Füße gekommen und das Elend von Millionen verhindert worden. Durch das ewige „zu wenig und zu spät“ wurde aber auch diese Möglichkeit zunichte gemacht. Offensichtlich geht es den G7 nicht darum, durch Entschuldung entwicklungspolitische Spielräume zu schaffen. Sie sind bestenfalls bereit, die Schulden in großzügiger Manier zu „erlassen“, die sie selbst für absolut uneintreibbar halten. Die neoliberalen Wirtschaftsaufgaben von IWF und Weltbank gehen derweil weiter. Als die G7 mit den Köln-Bedingungen die vermeintliche „100% Schuldenerlass“-Marke (bei den bilateralen Schulden) erreicht hatten, war ihnen offenbar schon klar, dass auch dieser Schritt völlig unzureichend sein würde. Daher wurden gleichzeitig die sogenannten multilateralen Schulden der ärmsten Länder v.a. gegenüber IWF und Weltbank ins Auge gefasst. Mit der ebenfalls beim Kölner (inzwischen) G8-Gipfel pompös abgekündigten Entschuldungsinitiative (HIPC) sollten nun auch die bis dahin fast heiligen multilateralen Schulden zumindest teilweise erlassen werden. Auch hier ein klarer Fall von machtpolitischen Abläufen: der G8-Gipfel machte den „Vorschlag“ für die HIPC-Initiative, ein halbes Jahr später wurde die Initiative dann formell von IWF und Weltbank beschlossen. Aber auch damit nicht genug, denn auch die HIPC-Initiative griff viel zu kurz: Im Juli 2005 rangen sich die G8 bei ihrem Gipfel in Gleneagles dann einmal mehr einem „Vorschlag“ für einen „100% Schuldenerlass“ ab, der danach von IWF und Weltbank formell beschlossen wurde. Mit diesem „historischen Schritt“ sollten diesmal die Schulden von mindestens 18, maximal ca. 40 Ländern bei IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank komplett gestrichen werden. Das klingt nach viel und bedeutet für einzelne Länder auch durchaus erhebliche Summen. Aber auch hier darf man das Kleingedruckte nicht überlesen, denn im Umfang der Schuldenstreichung z.B. bei der Weltbank werden den Ländern jeweils die Entwicklungshilfeszuschüsse der Weltbank gekürzt. Für das Gesamtproblem der Verschuldung der Länder des Südens ist der Beschluss von Gleneagles indes nicht mal von symbolischer Bedeutung: Die Schuldnerländer werden 2006 zusammengenommen 299 statt 300 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Tilgungen an die Gläubiger zahlen müssen, das sind

³ Der offizielle Begriff des „Schuldenerlasses von 100%“ ist mit höchster Vorsicht zu genießen, denn er enthält fast immer sehr viel Kleingedrucktes. So können nach den Lyon-Bedingungen z.B. nur die bilateralen Schulden erlassen werden, die entstanden sind, bevor das Schuldnerland zum ersten mal im Pariser Club seine Schulden verhandeln musste. Im Falle Ugandas war das z.B. 1981. Alle seit dem aufgenommenen Schulden muss Uganda also trotz „100% bilateralen Schuldenerlass“ nach wie vor bedienen.

weniger als 0,3 Prozent Entlastung. Denn die größten Schuldnerländer wie Brasilien und Mexiko werden um keinen Cent entlastet.

Angesichts so magerer Ergebnisse muss man fragen dürfen, ob gerade die „Entschuldungsinitiativen“ der G7/G8 primär zur Lösung von Schuldenproblemen dienen sollen, oder ob sich dieses Thema nicht besonders dazu eignet, die G8 in ein besseres Licht zu rücken. Nicht zuletzt aufgrund zunehmender Proteste seit den späten 1990er Jahren scheinen die G8 sehr bemüht, sich im Interesse ihrer Legitimation selbst als Retter der Menschheit aufzuspielen. Neben der Entschuldung sind daher noch einige andere Themen mediengerecht in den Vordergrund der G8-Gipfel gerückt wie z.B. die Armutsbekämpfung und der Klimaschutz.

Die G8 im globalisierten Steuerdschungel

Obwohl in den G7 Ländern über 40% der Wirtschaftsleistung über Steuern und Abgaben erfasst werden, interessierte sich die G7 bis 1996 praktisch nicht für Steuerfragen. Erst im Vorfeld des Gipfels von Lyon im Sommer 1996 kam das Thema auf die Tagesordnung. Die G7 begrüßte dort die Aktivitäten der OECD zur Bekämpfung von Steuerflucht und „schädlicher Steuerkonkurrenz“. Im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte wurde die Vermeidung und Hinterziehung von Steuern auf Kapitaleinkünfte immer stärker. Steuergerechtigkeit ist dabei für die G7/G8 Finanzminister und Regierungschefs ein widersprüchliches Thema. Einerseits begrüßen sie in verschiedenen Erklärungen über die Jahre „fairen Steuerwettbewerb“ und diverse nationale Steuerreformen, die mit niedrigeren Spitzensteuersätzen die Steuersysteme ungerechter gemacht haben. Andererseits jedoch beklagen sie die Unterhöhlung nationaler Steuersysteme durch internationale Steuerflucht und „schädlichen Steuerwettbewerb“. Das entspricht etwa der vorherrschenden Meinung neoliberaler WirtschaftswissenschaftlerInnen: Niedrige Steuersätze sind gut, das Unterlaufen von steuerlichen Regeln schlecht. Dem entsprechen auch die Aktivitäten der OECD. Die Pariser ÖkonomInnen wollen von Mindeststeuersätzen etwa auf Kapitaleinkünfte nichts wissen. Die steuerliche Autonomie der Nationalstaaten soll vielmehr erhalten werden. Lediglich auf Anfrage von Nationalstaaten sollen steuerliche Informationen grenzüberschreitend ausgetauscht werden und so Steuerhinterziehung bekämpft werden. Dabei wird allerdings ignoriert, dass der internationale Steuerwettbewerb die Nationalstaaten in einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern treibt. Das gilt selbst dann, wenn der von G8 und OECD unterstützte internationale Informationsaustausch in Steuerfragen realisiert würde. Diese eigentlich triviale Einsicht, dass der internationalen Steuerkonkurrenz in Zeiten ökonomischer Globalisierung Grenzen gesetzt werden muss, widerspricht der vielfach wiederholten G8-Ideologie, dass mehr Wettbewerb immer gut ist. Dabei wird übersehen, dass internationaler Wettbewerb zwischen Firmen und Staaten zwei grundverschiedene Dinge sind. Unter strengen sozial-ökologischen Regulierungen ist der internationale Wettbewerb zwischen Firmen aus volkswirtschaftlicher Sicht wohlstandssteigernd. Der internationale Wettbewerb zwischen staatlicher Steuer-, Sozial- und Umweltpolitik ist jedoch eine Perversion des Wettbewerbsgedankens. Damit wird genau der Regulierungsrahmen unter Druck gesetzt, der die Ergebnisse des kapitalistischen Wettbewerbs sozial und ökologisch korrigieren sollte. Das Ergebnis des „Systemwettbewerbs“ im Zuge der neoliberalen Globalisierung kann heute international besichtigt werden: Die Staaten konkurrieren um InvestorInnen und Wohlhabende mit immer neuen Anreizen. Niedrige Steuern auf Kapitaleinkünfte und Vermögen sind dabei ein wichtiger Baustein. Die Nationalstaaten werden zu neoliberalen Wettbewerbsstaaten im Interesse global mobiler Akteure umgebaut. Der demokratische Sozialstaat – wo er existierte – bleibt auf der Strecke.

Selbst die wenig anspruchsvollen Maßnahmen der OECD-Vorschläge wurden bis heute nicht effektiv umgesetzt. Auch 10 Jahre nach dem Lyoner G7-Gipfel blüht das Geschäft in den

Steueroasen. Auch in den Deklarationen der G8 hat das Steuerflucht-Thema an Bedeutung verloren. Seit dem 11. September 2001 konzentriert sich das Interesse stärker auf die Finanzquellen von Terrororganisation. Hier scheint der Wille zur Kooperation stärker. Kein Wunder, die Interessen der Finanzindustrie, transnationaler Unternehmen und vermögender KapitalbesitzerInnen werden höchstens unwesentlich berührt.

Die G8 in anderen internationalen Organisationen im Themenfeld Finanzen

Neben IWF und Weltbank gibt es noch eine ganze Reihe weiterer internationaler Organisationen, deren Tätigkeit und Beschlüsse von weitreichender Bedeutung für das internationale Finanzsystem sind. So ist z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein wichtiges Forum, das in den vergangenen Jahren Konzepte wie den internationalen Investitionsschutz und die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme vorangetrieben hat. Die OECD mit ihren 30 Mitgliedsländern umfasst die westlichen Industrieländer, vier osteuropäische EU-Länder und drei Schwellenländer (Mexiko, Türkei und Südkorea) und wird häufig als der Club der reichen Länder bezeichnet, auch wenn das angesichts der Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sicher nur teilweise zutrifft. Zwar gibt es nicht, wie bei IWF und Weltbank, spezielle Treffen der G7/G8-Finanzminister, auf denen sie ihre Positionen vor Sitzungen der OECD absprechen, aber die Zusammenarbeit der Ministerialbürokratien der G7-Finanzministerien wird auch für Initiativen in der OECD genutzt. Die OECD ist unter anderem berühmt geworden, als dort die Pläne für das „Multilaterale Abkommen über Investitionen“ (Multilateral Agreement on Investment – MAI) geschmiedet wurden. Das MAI sollte ausländischen Investoren die Möglichkeit eröffnen, Länder, in denen sie Investitionen tätigen, auf Schadensersatz zu verklagen. Auch dann wenn diese „Gastländer“ z.B. durch eine Erhöhung von Umwelt- und Sozialstandards zusätzliche Kosten für die Unternehmen verursachen und somit deren Unternehmensgewinne schmälern würden. Das MAI konnte durch zivilgesellschaftliche Proteste 1996 gestoppt werden. Stattdessen gibt es heute Versuche der gleichen Länder, ein vergleichbares Abkommen in der WTO wiederaufleben zu lassen. Die OECD ist auch bekannt dafür, ihren Mitgliedern, aber auch den anderen Ländern, die Privatisierungen öffentlicher Dienste (z.B. der Alterssicherungs-, Gesundheits- und Bildungssysteme) schmackhaft zu machen. Solche „Ratschläge“ besitzen auch dadurch eine erhebliche Ausstrahlungskraft für die Länder des Südens, da die OECD ein wichtiges Forum ist, in dem die reichen Länder ihre Entwicklungshilfezahlungen koordinieren.

Neben der OECD ist als weitere internationale Organisation im Themenfeld Finanzen sicher noch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS) zu nennen, das bei der BIZ angesiedelt ist. Die BIZ, schon 1930 gegründet, ist eine zentrale Koordinationsstelle der großen Zentralbanken für währungs- und geldpolitische Fragen. Der BIZ gehören die Zentralbanken von 55 Ländern an, allerdings spielen auch hier vor allem die G7 Staaten die erste Geige. Im 20-köpfigen Vorstand finden sich derzeit neben 15 Vertretern von G7-Zentralbanken (inkl. der Europäischen Zentralbank) noch je ein Vertreter der Schweiz, der Niederlande, Belgiens, Mexikos und Chinas. Sechs Zentralbanken (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, USA und Belgien, also 5 davon G7-Staaten) haben qua Satzung einen festen Sitz im Vorstand der BIZ. 1998 beauftragten die G7 als Reaktion auf die Finanzkrise in Südostasien den damaligen Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer mit der Gründung des „Forum für Finanzstabilität“ (FSF), welches ebenfalls bei der BIZ angesiedelt wurde. Das FSF hat diverse Analysen erarbeitet, wie in Zukunft durch eine bessere Verzahnung von Bankenaufsicht und Zentralbankpolitik Finanzkrisen verhindert werden sollen. Dabei wurden zwar bisweilen auch kritische Töne hinsichtlich vorschneller Finanzmarktliberalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern angeschlagen. Die

Verantwortung für Finanzkrisen sah das FSF, ähnlich wie der IWF, aber nur in mangelnder Finanz- und Bankenaufsicht der Länder des Südens, nicht aber im Charakter möglichst freier internationaler Finanzmärkte an sich. Da keine weiterreichenden Konsequenzen folgten, ist die nächste fatale Finanzkrise so sicher wie das Amen in der Kirche.

Ebenfalls bei BIZ ist das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS) angesiedelt. Nach mehreren spektakulären Bankenzusammenbrüchen in den 1970er Jahren (z.B. der Herstatt-Bank in der Bundesrepublik) sollte das BCBS verbindliche Regeln für das internationale Bankgeschäft festlegen. Die dabei entstandenen Regelwerke „Akkord von Basel“ (gültig seit 1988) und „Akkord von Basel II“ (gültig ab 2007) schreiben vor, wie viel Eigenkapital eine Bank zurücklegen muss, wenn sie Kredite vergibt. Auch wenn die Baseler Akkorde zunächst nur für das grenzüberschreitende Bankgeschäft konzipiert waren, sind sie in den meisten Ländern auch zur Grundlage nationaler Bankregulierung geworden. Besonders umstritten dabei ist z.B. die Regelung, dass Banken für die Vergabe kurzfristiger Kredite weniger Eigenkapital einsetzen müssen als für langfristige Kredite. Das ist zwar betriebswirtschaftlich plausibel, führt aber dazu, dass Banken einen erheblichen Anreiz haben, ihre Kredite kurzfristig zu vergeben und dann alle drei oder sechs Monate zu verlängern. Diese Kurzfristigkeit macht das Gesamtsystem des internationalen Kreditgeschäfts sehr anfällig, weil die Banken bei Anzeichen einer Krise kurzfristig ihre Kredite zurückziehen können. Im Fall der Finanzkrise in Südostasien 1997/98 war genau dieser kurzfristige Abzug von Bankkrediten ein zentrales Element der Krise und hat diese massiv verschärft. In der Bundesrepublik wird Basel II auch deshalb kritisch diskutiert, weil es die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen erschwert. Viele haben daher die Befürchtung, dass diese Form der Bankenregulierung zu einem weiteren Konzentrationsschub bei Banken und Unternehmen führen wird und große Konzerne dadurch noch deutlich mächtiger werden.

Auch wenn das BCBS die Spielregeln für das globale Bankengeschäft festlegt, gehören ihm nur 13 nationale Zentralbanken an. Dies sind neben den G7 noch Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Spanien, Schweden und die Schweiz. Dass die G7 sich dabei besonders für die Belange des privaten Bankensektors stark machen, kommt nicht von ungefähr: 19 (gerechnet nach Kernkapital) bzw. 17 (gerechnet nach Bilanzsumme) der 25 größten internationalen Privatbanken haben in G7-Ländern ihren Hauptsitz.

Fazit

Die G8/G7 spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des internationalen Finanzsystems. Ihre Gipfel-Communiqués zeigen ein großes Maß an Kontinuität bei der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung. Die Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs hat die Kräfteverhältnisse zwischen Interessen von Kapitalbesitzern und „immobilien Interessen“ wie ArbeitnehmerInnen oder Umwelt nachhaltig zugunsten der ersteren verschoben. Die nationale Demokratie hat ihren Charakter unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte auch in den sozialstaatlich geprägten Ländern verändert. In den Ländern des globalen Südens wurden neoliberale Politiken brutal durchgesetzt. An den Aufbau von Sozialstaaten ist dort nicht zu denken. Das von der G7/G8 maßgeblich mitbestimmte Schuldenregime ist dabei ein wichtiger Hebel in den Händen der reichen Staaten zur Durchsetzung eigener Interessen. Diese wirtschaftsliberale Politik delegitimiert sich zunehmend selbst. Die Verbreitung von Ungleichheit, Unsicherheit und Naturzerstörung stieß in den letzten 10 Jahren auf immer mehr Widerstand. In Rostock/Heiligendamm haben wir die Chance diesem positiven Globalisierungstrend noch einen drauf zu setzen.

Quellen

Ein paar Anschauliche Grafiken gibt es in den G8 Broschüren der Bundesregierung, z.B.:
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/g8-wwg-gleneagles-2005,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Die wichtigsten Dokumente der G8 zu Steuerflucht und Steuerkonkurrenz sind:

Communiqué der G7-Finanzminister: Meeting of the Council at Ministerial Level, Paris, 21-22 May 1996.

G8: "Making a success of globalization for the benefit of all", LYON, 28 JUNE 1996.
Conclusions of G7 Finance Ministers, London, 9 May 1998.

G7 INITIATIVE ON HARMFUL TAX COMPETITION, Birmingham Summit 1998.

Actions Against Abuse of the Global Financial System, Report from G7 Finance Ministers to the Heads of State and Government, Okinawa, July 21, 2000.

G7 Finance Ministers' Meeting: Fighting the Abuses of the Global Financial System-Report of G7 Finance Ministers to the Heads of State and Government, Rome, July 7, 2001

Diese und viele andere Dokumente zur G8/G7 finden sich unter:

<http://www.g7.utoronto.ca/>

<http://www.g8.gc.ca/past-en.asp>

noch ein Textbaustein zum Thema armutsbekämpfung:

Die G8 und die Armutsbekämpfung

Spätestens seit dem G8-Gipfel in Köln 1999 ist die Rhetorik und öffentliche Selbstdarstellung der G8 als oberste Armutsbekämpferin besonders augenfällig. Zwar wurde die Kölner HIPC-Entschuldungsinitiative als wichtiger Beitrag der G8 zur Armutsbekämpfung dargestellt, tatsächlich wurde aber an der tendentiell armutsfördernden Politik von IWF und Weltbank explizit festgehalten. Statt Änderungen in der Substanz zu machen, wurden statt dessen einfach die Instrumente umbenannt. Die sogenannte „Erweiterte Strukturanpassungsfazilität“ (ESAF) des IWF wurde kurzerhand in „Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität“ (PRGF) umbenannt, denn der Begriff der „Strukturanpassung“ war nach der Erfahrung der 1980er und 90er Jahre aus guten Gründen zu negativ besetzt. Was die Auflagen von IWF und Weltbank angeht, so stellten die G8 der klassischen neoliberalen Wirtschaftspolitik kurzerhand noch die Armutskonditionalität zur Seite. Anders ausgedrückt: die Länder des Südens sollen zwar weiterhin sparen, sparen, sparen, aber es musste nun auch gut für die Armen sein. Um diese Quadratur des Kreises zu bewerkstelligen, wurde die Entschuldung davon abhängig gemacht, dass die Schuldnerregierungen in Konsultation mit der Zivilgesellschaft sogenannte „Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung“ (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSPs) entwickelt. Darin sollen Regierung und Zivilgesellschaft darlegen, wie durch öffentliches Sparen, den Abbau von Subventionen, durch die Öffnung von Märkten und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die Armut bekämpft werden könne. Waren diese Papiere aus Sicht von IWF und Weltbank unbefriedigend, oder wurde die Zivilgesellschaft nicht hinreichend einbezogen, dann wurde der Schuldenerlass ausgesetzt. Der Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen 2000 brachte dann eine Frage der Entwicklungshilfe erneut auf die G8-Tagesordnung. Es war von Anfang an klar, dass für die von der Staatengemeinschaft angepeilten sogenannten Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) erhebliche zusätzliche Finanzmittel nötig sein würden. Die G8 selber rühmt sich, bei ihrem Gipfel in Okinawa 2000 die Einrichtung des dafür vorgesehenen „Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria“ initiiert zu haben, der dann nach einem Beschluss des G8-Gipfel in Genua 2001 eingerichtet wurde. Zwar wurde von Anfang an geschätzt, dass der Fond zur Erreichung seiner Ziele mit mindestens 10 Mrd. US-Dollar ausgestattet werden müsse, davon sind aber bis heute nicht einmal die Hälfte zusammengekommen.

Was noch fehlt: Stufenpläne der G8 Regierungen zur Aufstockung der Entwicklungshilfe...

Attac (2006): G8-Reader